Presseschau vom 03.01.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Außer der Reihe – Lesetipps:

de,rt,com: **Russischer Botschafter über Druck auf RT DE und reziproke Maßnahmen gegen deutsche Medien**
Für die deutsch-russischen Beziehungen hat es in den vergangenen Jahren einen Rückschlag nach dem anderen gegeben. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) sprach mit dem russischen Botschafter Sergei Netschajew über Konfliktthemen und über die Zukunft der bilateralen Beziehungen. …
https://kurz.rt.com/2rqx

Andreas Peter: **Westliche Doppelstandards – Ritterwürde für Kriegsverbrecher, Auslieferungshaft für Whistleblower**
Der frühere britische Premier, Tony Blair, ist zum Ritter des Hosenbandordens ernannt worden. Eine Ehre, die Königin Elisabeth II. alleine verleihen kann. Doch tausende Briten und andere Menschen protesieren mit einer Petition dagegen. Westlichen Medien ist das praktisch keine Erwähnung wert. Und der Journalist Julian Assange ist weiter in Haft. …
https://snanews.de/20220102/westliche-doppelstandards--ritterwuerde-fuer-kriegsverbrecher-auslieferungshaft-fuer-whistleblower-4879654.html

de.rt.com: **mRNA-Erfinder Malone: "Pfizer ist eine der kriminellsten pharmazeutischen Organisationen der Welt"**

Nachdem er nach seiner Kritik am US-Pharmakonzern Pfizer ohne Vorwarnung von Twitter verbannt worden war, meldete sich der mRNA-Pionier Robert Malone nun im renommierten Podcast "The Joe Rogan Experience" zu Wort. Darin bezeichnete er Pfizer als "eine der kriminellsten pharmazeutischen Organisationen der Welt". …
https://kurz.rt.com/2rrr

Armin Siebert: **Amerikas Drogenkrise wütet wie nie zuvor**
Die Corona-Pandemie hat die Opioid-Krise in den USA verschärft, die Zahl der Drogentoten ist förmlich explodiert. Epizentrum ist der Bundesstaat West Virginia, wo die katastrophalen Auswirkungen alle zu spüren bekommen – von Neugeborenen bis zu Urgroßeltern. …
https://snanews.de/20220103/drogenkrise-wie-nie-zuvor-4885818.html

Dagmar Henn: **Mit Schwung in die Bedeutungslosigkeit – Die EU in der Ukraine-Krise**
Die EU ist verärgert über die Gespräche zwischen Putin und Biden. Weil sie nicht mitspielen darf, obwohl sie doch so groß und wichtig ist. Dabei hat sie sich das selbst zuzuschreiben. Ein wirklicher Vermittler zwischen den USA und Russland wollte sie ja nicht sein. …
https://kurz.rt.com/2rq7

abends/nachts:

snanews.de: **Zweijähriger Todestag von Soleimani: Irakische Demonstranten verbrennen US- und israelische Flaggen**
Zwei Jahre nach dem tödlichen US-Drohnenangriff auf den iranischen General Qassem Soleimani haben in Iraks Hauptstadt Bagdad tausende Bürger gegen die USA und Israel demonstriert.
Laut Medienberichten haben sie am Samstag antiamerikanische Parolen gerufen, US- und israelische Flaggen zertrampelt und verbrannt. Vor allem forderten sie aber ein Ende der US-Militärpräsenz im Land.
„Wir werden euch nach dem heutigen Tag nicht im Land der Märtyrer bleiben lassen“, stand auf einigen Plakate, auf denen Porträts des Generals Soleimani und seines getöteten Gefolgsmanns Abu Mahdi al-Muhandis zu sehen waren.
Der Massenprotest soll von den mächtigen schiitischen politischen Fraktionen des Iraks organisiert worden sein, die 2014 die PMF – eine 124.000 große Kampftruppe zur Bekämpfung von Daesh (IS) – gründeten. Während des Krieges gegen die Terroristen erhielt die PMF Schulung und organisatorische Unterstützung von Soleimani und der iranischen Revolutionsgarde. Jetzt fordert die PMF den Abzug der US-Streitkräfte aus dem Land.
Einige irakische schiitische Parteien gaben den Vereinigten Staaten bis zum 31. Dezember 2021 Zeit, ihre verbleibenden Truppen abzuziehen. Sollten sie weiter bleiben, würden sie als Besatzer betrachtet und ihnen würde militärischer Widerstand geleistet werden, hieß es.
Die Vereinigten Staaten „beendeten“ ihren Kampfeinsatz im Irak offiziell Anfang Dezember. Weitere rund 2.500 Soldaten sollen für Ausbildung, Unterstützung und andere zivile Rollen im Land geblieben sein. Die PMF-Miliz al-Nujaba warnte allerdings im vergangenen Jahr, dass sie keine „umbenannte“ Rolle der USA akzeptieren würde, und forderte, dass alle US-Mitarbeiter, einschließlich ihrer Air Force, das Land verlassen müssten.
Tödlicher US-Angriff auf Soleimani
Die USA hatten am 3. Januar 2020 mit General Soleimani eine der wichtigsten Figuren des iranischen Regimes getötet. Milizenführer Abu Mahdi Al-Muhandi kam ebenfalls bei dem Angriff ums Leben.
Das irakische Parlament beschloss eine nicht bindende Resolution, die den Abzug der US-Truppen verlangte. Vom Iran unterstützte Gruppen griffen verstärkt US-Soldaten im Irak an. Darüber hinaus startete die iranische Revolutionsgarde im Januar 2020 einen ballistischen

Raketenangriff auf den Luftwaffenstützpunkt Ain al-Assad sowie auf Ziele in der irakischen Region Erbil, wo US-Truppen stationiert waren. Die internationale Fahndung nach Donald Trump wurde bei Interpol beantragt. Wegen des Todes des Generals erließ ein irakisches Untersuchungsgericht einen Haftbefehl gegen den US-Präsidenten.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/02/4880735_0:0:3001:1688_1920x0_80_0_0_893c4ae2b6faed60fc5c2ada7a0ef874.jpg

de.rt.com: **Zahlreiche Länder beschleunigen Abkehr vom US-Dollar und decken sich mit Gold ein**

Immer mehr Länder stocken ihre Goldbestände auf und reduzieren ihre Dollar-Devisen. Besonders Schwellenländer wie Thailand, Indien und Brasilien haben der US-Währung ihr Vertrauen entzogen.

Die Goldbestände in den Devisenreserven der Zentralbanken sind weltweit gestiegen und haben in diesem Jahr ein 31-Jahres-Hoch erreicht. Gleichzeitig sind die US-Dollar-Bestände zurückgegangen.

Nach Angaben des World Gold Council haben die Banken ihre Goldbestände in den letzten zehn Jahren um mehr als 4.500 Tonnen aufgestockt. Im September beliefen sich die Reserven auf rund 36.000 Tonnen – der größte Bestand seit 1990 und ein Anstieg um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Gleichzeitig ist der Anteil des Dollars an den Devisenreserven in den letzten zehn Jahren stark zurückgegangen. Im Jahr 2020 sank der Anteil des Dollars an den Währungsreserven auf den niedrigsten Stand seit einem Vierteljahrhundert.

Analysten zufolge setzen die Zentralbanken, insbesondere in den Schwellenländern, ihre Umschichtung in Gold fort und spiegeln damit die weltweite Besorgnis über das auf dem Dollar basierende Währungssystem wider. In den ersten neun Monaten des Jahres 2021 kaufte Thailand rund 90 Tonnen, Indien 70 und Brasilien 60 Tonnen des beliebten Edelmetalls.

Zentralbanken und öffentliche Einrichtungen begannen nach der globalen Finanzkrise von 2008, die zu einem Abfluss von Geldern aus US-Staatsanleihen und damit zu einem Wertverlust von in Dollar denominierten Vermögenswerten führte, ihre Goldbestände zu erhöhen.

"Das Vertrauen in Dollar-Vermögenswerte geriet dadurch ins Wanken", sagt Marktanalyst Itsuo Toyoshima, der von Nikkei Asia zitiert wird. Der Goldpreis bleibt stabil und notierte am 30. Dezember bei 1.806 US-Dollar je Feinunze.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d1da5ab480cc487964696d.jpg

vormittags:

snanews.de: **Telefonat zwischen Biden und Selenski – USA sichern Ukraine Unterstützung zu**
Der US-amerikanische Präsident Joe Biden hat ein Telefonat mit seinem ukrainischen Amtskollegen, Wladimir Selenski, geführt. Pressesprecherin Jen Psaki erläuterte am Sonntag in einer Mitteilung, dass die USA der Ukraine ihre Unterstützung im Konflikt mit Russland zugesichert haben.
„Präsident Biden machte deutlich, dass die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten und Partner entschlossen reagieren werden, wenn Russland weiter in die Ukraine einmarschiert“, so Psaki.
Biden bekräftigte das Engagement der Vereinigten Staaten für die Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine.
Vertrauensbildende Maßnahmen könnten demnach zur Deeskalation der Spannungen im Donbass führen. Biden betonte die Bedeutung der aktiven Diplomatie in Bezug auf die Umsetzung der Minsker Vereinbarungen, sowie für das Normandie-Format.
Laut Pressesprecherin ist für den US-Präsidenten auch die Umsetzung des Prinzips „Nichts über Sie ohne Sie“ von großer Bedeutung. Die Aussage bezog sich auf den bilateralen strategischen Stabilitätsdialog kommende Woche.
Es sind Gespräche zwischen den USA und Russland in Genf geplant, sowie im Rahmen der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). In diesem Monat wird die erste Sitzung des Nato-Russland-Rates seit zweieinhalb Jahren stattfinden.
Anfang November hatte der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums, Admiral John Kirby, Russland vorgeworfen, Truppen an der Grenze zur Ukraine stationiert zu haben. Diesen Anschuldigungen schlossen sich zahlreiche Nato-Mitgliedsstaaten an, darunter Deutschland und Frankreich. Moskau wies diese Vorwürfe mehrfach zurück und betonte die Bedeutung seiner Forderung nach gegenseitigen Sicherheitsgarantien in Europa. Die Volksmiliz der selbsternannten Volksrepublik Lugansk berichtete wiederholt von militärischen Aktivitäten der ukrainischen Streitkräfte, trotz Maßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Waffenstillstandes.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/09/02/3448328_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_c995be8e14fb7c69a468a8c497668c8a.jpg

snanews.de: **Britische Truppen an estnisch-russischer Grenze simulieren aktiven Einsatz auf Befehl – Bericht**

Über 900 britische Soldaten, darunter die Royal Artillery, die an der estnisch-russischen Grenze stationiert sind, sollten so tun, als wären sie im Einsatz. Anlass für den Befehl zur Simulation war ein kurzer Besuch des neuen Armeechefs Tony Radakin. Darüber berichtete die Zeitung „The Mirror“ am Samstag.

Einer „peinlichen” Nachricht zufolge, die von den Truppen in das Blatt durchgesickert war, sollten diese „so tun“, als würden sie die Fahrzeuginspektionen durchführen, als der Streitkräfte-Chef am 20. Dezember ankam.

Laut einer Quelle wollten die hochrangigen Mitarbeiter dem Chef des Verteidigungsstabs zeigen, dass sich die Truppen der Operation „Cabrit“ in Estland über Weihnachten nicht entspannten.

Der Befehl besagte, dass Admiral Radakin einen Hangar mit Schwerwaffen besuchen würde, darunter das AS90-Artilleriegeschütz-Modul und den leichten Panzer „Stormer“. Die Soldaten mussten die Fahrzeuge hochfahren, alle Luken öffnen und die Betriebsanleitungen bringen, um so zu tun, als ob sie einen Funktionstest durchführen würden. Dabei durften sie keine Fragen stellen, so die Quelle.

Der Besuch habe dazu geführt, dass Soldaten eine „dringend benötigte“ Ruhezeit verpasst hätten.

Eine Quelle sagte:

„Dieser Unsinn passiert jedes Mal, wenn ein hochrangiger Beamter den Stützpunkt besucht. Die Soldaten erledigen sinnlose Aufgaben.“

Später twitterte der Admiral: „Bei meinem ersten operativen Besuch als Chef des Verteidigungsstabs habe ich mich gefreut, das Personal der britischen Armee in Estland kennenzulernen, das die multinationale Kampfgruppe leitet.“

Ihm zufolge zeigt die Präsenz der Soldaten an der Seite der Nato-Partner das unerschütterliche Engagement des Vereinigten Königreichs für die europäische Sicherheit.

Die Operation „Cabrit“ ist der Name des britischen Einsatzes in Estland, bei dem britische Truppen eine multinationale Kampfgruppe anführen. Ungefähr 900 britische Armeeangehörige rotieren ununterbrochen mit dänischen, französischen und estnischen Truppen des Gastgeberlandes.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/08/09/3146554_0:52:1921:1132_1920x0_80_0_0_ce3260ac5679a19fb40f21e301afa434.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 2. Januar 2022 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

snanews.de: **Fünf Tote und 20 Verletzte bei Raketenangriff auf Militärbus in Syrien**
Bei einem Raketenangriff des Islamischen Staats (IS, auch Daesh) in Syrien auf einen Militärbus sind mindestens fünf Menschen getötet worden. 20 weitere wurden verletzt. Darüber berichtete die Nachrichtenagentur Sana am Montag.
Die Attacke fand 50 Kilometer östlich des dritten Stützpunkts in der al-Badia-Region gegen 19.00 Uhr (Ortszeit) statt.
„Nach dem Angriff folgten die Feuerstöße mit 23-Millimeter-Kanonen, bei denen fünf Armeeangehörige einen Märtyrertod erlitten und zwanzig weitere verletzt wurden“, so die Quelle.
Derartige Angriffe werden immer wieder durch Terroristengruppen auf der Straße Deir Ezzor-Pamyra des Gebiets al-Tanf durchgeführt, da sie hier laut Sana von US-Streitkräften unterstützt werden.
Der IS hatte sich in den letzten Monaten im Osten Syriens wesentlich verstärkt und mehrere Angriffe auf Armeekontrollpunkte und Militärtransportkonvois verübt, bei denen Regierungstruppen Verluste erlitten hatten.
Die bewaffnete Konfrontation in Syrien dauert seit 2011 an, wobei die Streitkräfte des syrischen Präsidenten Baschar al-Assad verschiedene aufständische Gruppen zu bekämpfen versuchen.

https://cdnn1.snanews.de/img/07e6/01/03/4883222_0:186:2659:1682_1920x0_80_0_0_24dc055e3310ff4f91d3bfae165530f0.jpg

rusvesna.su: **Slutskij über das "Anti-Russland"-Projekt in der Ukraine**
Leonid Slutskij, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Angelegenheiten der Staatsduma, erklärte, der Westen unterstütze weiterhin antirussische Stimmungen in der Ukraine und schenke dem neonazistischen Charakter der Geschehnisse keine Beachtung.
„Der kollektive Westen entwickelt und fördert weiterhin aktiv das 'Anti-Russland'-Projekt in der Ukraine und verschließt die Augen vor dem schnellen Abgleiten des Landes in Richtung nationalistischer Politik.
Seit vielen Jahren marschieren Bandera-Anhänger im Zentrum von Kiew und verherrlichen den blutigen Henker und Komplizen der Nazis. Viele Jahre lang haben die europäischen Behörden dieses ‚Ereignis' ohne angemessene Reaktion gelassen.
Und wieso ist die Glorifizierung von Nazi-Kriminellen heute im europäischen Raum erlaubt? Die Antwort muss natürlich von denen verlangt werden, die konsequent daran arbeiten, die Geschichte des Zweiten Weltkriegs zu fälschen, indem sie versuchen, die Rolle des sowjetischen Soldaten beim Sieg über den Faschismus herabzusetzen und das moderne Russland zu dämonisieren.
Der Vorsitzende der Staatsduma Wjatscheslaw Wolodin hat völlig Recht, wenn er von der Unzulässigkeit spricht, den Nationalismus und seine Wiederbelebung in Europa zu fördern.
Die russische Delegation beabsichtigt, dieses Thema auf allen interparlamentarischen Plattformen anzusprechen, vor allem in der PACE und der OSZE-PV.
Und das schließe ich in naher Zukunft nicht aus - bei den ersten Sitzungen der Versammlungen im kommenden 2022“, schrieb Slutskij in seinem Telegram-Kanal.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/fakelnoe_shestvien.jpg

deu.belta.by: **Belarus verhängt ein Lebensmittelembargo als Reaktion auf Sanktionen**
Ab dem 1. Januar verhängt Belarus als Reaktion auf die Sanktionen ein Lebensmittelembargo gegen eine Reihe von Waren aus den Ländern, die feindliche Handlungen gegen das Land vornehmen. Das ist durch den Beschluss des Ministerrats Nr. 700 vom 6. Dezember 2021 "Über die Anwendung besonderer Maßnahmen gegen bestimmte Waren" vorgesehen.
Gemäß diesem Regierungsbeschluss wird ab dem 1. Januar 2022 ein Lebensmittelembargo für eine breite Warenliste verhängt, die in Ländern hergestellt werden, die eine diskriminierende Politik gegenüber unserem Land betreiben und unfreundlich eingestellt sind.
Das Einfuhrverbot gilt für eine Reihe von Waren aus der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten, den Vereinigten Staaten von Amerika, aus Kanada, Norwegen, Albanien, Island, Nordmazedonien, dem Vereinigten Königreich von Großbritannien und Nordirland, Montenegro und der Schweiz.
Die Liste der verbotenen Waren umfasst Schweine, Rinder- und Schweinefleisch, einige Nebenprodukte, gesalzenes, gepökeltes, getrocknetes oder geräuchertes Fleisch, Mehl aus Fleisch oder Fleischnebenprodukten, Milch und Milchprodukte (mit bestimmten Ausnahmen), Gemüse, soweit es nicht zur Aussaat bestimmt ist, Obst und Nüsse, Schweine- und Geflügelfett, Fett von Rindern, Schafen oder Ziegen, Schmalz und andere tierische Öle, Wurstwaren und ähnliche Erzeugnisse, Süßwaren, Salz und andere Waren.
"Die wichtigste Priorität für Belarus sind nach wie vor die Interessen seiner Bürger. Das Staatsoberhaupt hat sich immer wieder an Gegenmaßnahmen orientiert, ohne dass dies zu Lasten der Bevölkerung geht. Aus diesem Grund enthält der Beschluss des Ministerrats eine Reihe von Ausnahmen und betrifft insbesondere nicht die Waren, die von den Belarussen für den persönlichen Verbrauch eingeführt werden, sowie zum Beispiel diejenigen, die für Babynahrung bestimmt sind, und einige andere kritische Importgüter", so der Pressedienst der Regierung.
Gleichzeitig werden Maßnahmen ergriffen, um den Verbrauchermarkt auszugleichen, unter anderem durch die Sättigung des Marktes mit im Inland produzierten Waren. Importeure, Hersteller und Einzelhandelsketten werden darauf ausgerichtet, nicht in Belarus produzierte Waren durch Lieferungen aus befreundeten Ländern zu ersetzen.
Außerdem ist eine Verordnung über die quotierte Einfuhr bestimmter Warenbezeichnungen ins Hoheitsgebiet von Belarus genehmigt.

nachmittags:

de.rt.com: **Nach Aufnahme in Hosenbandorden: Hunderttausende fordern Aberkennung der Ritterwürde von Tony Blair**

Die Entscheidung von Queen Elizabeth, den ehemaligen britischen Premierminister Tony Blair, der unter anderem während des Irakkrieges im Amt war, zum Ritter des Hosenbandordens zu ernennen, hat heftige Reaktionen ausgelöst. Nun wurde eine Petition zur Aberkennung des Titels gestartet.

Kurz vor Neujahr vergibt Königin Elizabeth II. traditionell Auszeichnungen und erhebt ausgewählte Menschen aus ganz Großbritannien offiziell in den Ritterstand. Doch dieses Mal ist die Ordensvergabe an eine Person besonders umstritten und löste bereits heftige Reaktionen aus. Der ehemalige britische Premierminister Tony Blair wurde von der Queen in den Ritterstand erhoben.

Hunderttausende haben nun eine Online-Petition unterzeichnet, in der die Aberkennung des Ritterschlags für den 68-Jährigen gefordert wird. Der ehemalige britische Premierminister sollte stattdessen "für Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden", heißt es darin.

Mehr als 318.000 Unterschriften wurden bislang unter der Petition bei Change.org hinterlassen, in der der britische Premierminister Boris Johnson aufgefordert wird, die Königin zu ersuchen, den Titel abzuerkennen. Die Zahl der Unterschriften kam nur weniger als einen Tag nach dem Start zusammen.

Angus Scott, der Initiator der Petition, erklärte, dass der ehemalige Premierminister aus der Labour-Partei während seiner Amtszeit von 1997 bis 2007 "der Verfassung des Vereinigten Königreichs und der gesellschaftlichen Struktur des Landes irreparablen Schaden zugefügt" habe.

In der Petition wird Blair insbesondere beschuldigt, "den Tod unzähliger unschuldiger Zivilisten und Soldaten" verursacht zu haben, indem er das Vereinigte Königreich in "verschiedene Konflikte" hineingezogen hat. Weiter heißt es darin:

"Allein dafür sollte er wegen Kriegsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden."

Es ist zwar üblich, dass die britischen Monarchen ehemalige Premierminister in den höchsten Rang erheben, doch die Entscheidung des Buckingham-Palastes, auch Blair zu ernennen, löste unter den Briten große Empörung aus, da Blair 2003 an der Invasion im Irak beteiligt war und den von den USA geführten Militäreinsatz in Afghanistan unterstützt hatte.

Im Jahr 2017 forderte ein Drittel der Briten, dass Blair als Kriegsverbrecher vor Gericht gestellt werden sollte, weil er die Öffentlichkeit über die Voraussetzungen für die Invasion des Irak "wissentlich in die Irre geführt" habe. Zuvor hatte eine Untersuchung ergeben, dass die Behauptung, der verstorbene irakische Staatschef Saddam Hussein verfüge über Massenvernichtungswaffen, nicht durch Geheimdienstinformationen gestützt wurde. Der Irakkrieg kostete 179 britische Soldaten und möglicherweise Zehntausende irakische Zivilisten das Leben. Zudem verursachte er der britischen Wirtschaft Kosten in Höhe von schätzungsweise 9,2 Milliarden Pfund.

Blair wurde in der Liste der Neujahrsehrungen 2022 mit dem Most Noble Order of the Garter ausgezeichnet und somit Mitglied des Hosenbandordens, der höchsten Auszeichnung des Vereinigten Königreichs. In seiner Reaktion auf die Ankündigung der Ernennung bezeichnete der 68-Jährige den Titel als "eine große Ehre". Aus dem Buckingham-Palast hieß es dazu, man sei "hocherfreut", Blair den Titel zu verleihen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d2ade3b480cc730c79ae4c.JPG

de.rt.com: **Jahrestag der Ermordung Soleimanis: Hackerangriff auf israelische Nachrichtenseiten**

Iranische Hacker legten am Montag die Webseite der israelischen Zeitung "JPost" sowie das Twitter-Konto der Tageszeitung "Maariw" vorübergehend lahm. Am zweiten Jahrestag des US-Drohnenangriffs auf den iranischen General Soleimani im Irak demonstrierten in Bagdad Tausende Menschen für einen vollständigen Abzug der US-Soldaten aus ihrem Land.

Zum zweiten Jahrestag der Ermordung des iranischen Generals Qassem Soleimani wurde die Nachrichtenseite der israelischen Zeitung "Jerusalem Post" zum Ziel von Hackerangriffen. Pro-iranische Hacker legten am Montag die Webseite der israelischen Zeitung Jpost sowie das Twitter-Konto der Tageszeitung "Maariw" vorübergehend lahm.

Statt der Nachrichteninhalte war eine Attrappe der israelischen Atomanlage Dimona in der Wüstenstadt Dimona zu sehen, das mit einer Rakete zur Explosion gebracht wird.

Die Rakete auf dem Bild wird von einer zur Faust geballten Hand aus einem Ring abgefeuert, wie ihn der vor genau zwei Jahren bei einem US-Drohnenangriff im Irak ermordete iranische Generalmajor Soleimani trug. Neben der erhobenen Faust steht auf Englisch und Hebräisch: "Wir sind nah an Euch dran, dort, wo ihr nicht daran denkt."

Als Reaktion auf das israelische Säbelrasseln zerstörte Iran vergangene Woche im Rahmen einer Übung am Persischen Golf eine Attrappe der israelischen Atomanlage Dimona mit Mittelstreckenraketen und Kamikaze-Drohnen.

Inzwischen sind die Webseite der JPost-Zeitung und das Maariw-Konto wieder in ihrem normalen Zustand. Es bleibt unklar, ob die Hacker sich in Iran aufhielten oder aus einem anderen Land heraus agierten, schrieb Jpost. Ebenfalls sei nicht deutlich, ob sie in staatlichem Auftrag unterwegs gewesen seien.

Vor zwei Jahren wurde General Soleimani bei einem US-Drohnenangriff ermordet. Iran rief kürzlich zu diesem Anlass die UNO dazu auf, den Einsatz gegen den Kommandeur der Quds-Brigaden als Terrorakt zu verurteilen. Die UN sollte all ihre Möglichkeiten ausschöpfen, auch in Form einer Resolution, um diesen Terrorakt zu verurteilen und solche Verbrechen in der Zukunft zu vermeiden. Das schrieb Irans Vizepräsident Mohammad Dehghan in einem von iranischen Medien veröffentlichten offenen Brief. Das Schreiben ging an den Leiter der UN-Vollversammlung. …

Soleimani war auf Befehl des ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump am 3. Januar 2020 in der irakischen Hauptstadt Bagdad durch einen US-Drohnenangriff umgebracht worden, während Soleimani in diplomatischer Mission im Irak war. Neben ihm starb auch der irakische Milizenführer al-Muhandis.

Die Lage im Irak ist seit der Ermordung des iranischen Generals Soleimani sehr angespannt. Das Parlament des Irak hatte nach der Ermordung von Soleimani den Abzug der US-Truppen

aus dem Land gefordert. Eine Mehrheit der Abgeordneten stimmte seinerzeit für eine Resolution, die das Ende der ausländischen Militärpräsenz im Irak verlangt. Der oberste US-Kommandant für den Nahen Osten General Franklin McKenzie erklärte kürzlich, dass die USA die gegenwärtigen 2.500 Soldaten auf absehbare Zeit im Irak behalten werden, nachdem die US-Regierung den Kampfeinsatz der USA im Irak vor Kurzem offiziell für beendet erklärt hatte. Er warnte, dass die USA mit zunehmenden Angriffen auf das amerikanische und das irakische Personal durch von Iran unterstützte Milizen rechneten, die entschlossen seien, die US-Streitkräfte aus dem Land zu verdrängen.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d2f54d48fbef65d0167e17.jpg

deu.belta.by: **Botschaft erhebt Protest gegen radikalisierte belarusfeindliche Haltung der Ukraine**

Die belarussische Botschaft bekundet entschiedenen Protest gegen die zunehmende Radikalisierung der anti-belarussischen Haltung der Ukraine. Das geht aus einem Statement hervor, das die Botschaft auf ihrer offiziellen Seite veröffentlicht hat.

„Die belarussische Botschaft in der Ukraine hat eine Note an das ukrainische Außenministerium geschickt, in der sie die massenhafte Teilnahme geflüchteter belarussischer extremistischer Oppositioneller am nationalistischen Marsch am 1. Januar scharf verurteilt. Die Oppositionellen trugen dabei Symbole belarussischer Kollaborateure und der Handlanger des Dritten Reiches. Über diesen Marsch wurde in den ukrainischen Medien, darunter im öffentlichen Fernsehen, breit und ausführlich berichtet. Die Staatsführung schaute dabei tatenlos und schweigend zu“, hieß es aus der Botschaft.

In Belarus wird jede Verherrlichung und Heroisierung von Kollaborateuren, Mördern und Henkern der Bevölkerung scharf verurteilt. „Die Wunde, die dem belarussischen Volk während der deutschen Besatzung im Zweiten Weltkrieg zugefügt wurde, blutet immer noch. Dass die ideologischen Nachfolger der blutigen Henker von Chatyn und Tausender anderer belarussischer Städte und Dörfer ihre „heldenhaften“ Mörder ungestraft feiern, ist nichts anderes als eine Beleidigung des Gedenkens an unsere Vorfahren, die im tödlichen Kampf für die Freiheit und Unabhängigkeit des belarussischen Volkes gefallen sind“, heißt es in der Note.

Die Botschaft protestiert nachdrücklich gegen die zunehmende Radikalisierung der anti-belarussischen Haltung in der Ukraine, die sich darin manifestiert, dass Kollaborateure und Henker des belarussischen Volkes öffentlich gefeiert werden. Die Botschaft fordert, dass die mit der Verherrlichung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufhört. Diese Verbrechen verjähren nicht und können vom belarussischen Volk nicht vergeben werden“, betonte die Botschaft.

https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1641214451_59414_big.jpg

rusvesna.su: **Führungen der "Nuklearen Fünf" haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben**

Die Führungen der fünf wichtigsten Atomwaffenmächte haben eine gemeinsame Erklärung abgegeben, um einen Atomkrieg und ein Wettrüsten zu verhindern.

Der Text der Erklärung ist auf der offiziellen Website des russischen Präsidenten Wladimir Putin veröffentlicht.

„Die Volksrepublik China, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Vereinigten Staaten von Amerika und die Französische Republik sehen es als ihre vorrangige Aufgabe an, Kriege zwischen Atomwaffenstaaten zu verhindern und strategische Risiken zu reduzieren.

Wir erklären, dass es in einem Atomkrieg keine Gewinner geben kann und niemals entfesselt werden sollte.

Da der Einsatz von Nuklearwaffen weitreichende Folgen hätte, bekräftigen wir auch, dass Nuklearwaffen – solange sie existieren – der Verteidigung dienen, Aggressionen abschrecken und Kriege verhindern müssen. Wir glauben, dass die weitere Verbreitung solcher Waffen verhindert werden muss.

Wir bekräftigen die Bedeutung der Abwehr nuklearer Bedrohungen und betonen die Bedeutung der Aufrechterhaltung und Einhaltung unserer bilateralen und multilateralen Vereinbarungen und Verpflichtungen im Bereich der Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle.

Wir halten uns weiterhin an unsere Verpflichtungen aus dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, einschließlich unserer Verpflichtung gemäß Artikel VI ‚in gutem Glauben, wirksame Maßnahmen zur Beendigung des nuklearen Wettrüstens in naher Zukunft und der nuklearen Abrüstung auszuhandeln‘ sowie die allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger und wirksamer internationaler Kontrolle.

Jeder von uns beabsichtigt, seine nationalen Maßnahmen zur Verhinderung des unbefugten oder unbeabsichtigten Einsatzes von Nuklearwaffen aufrechtzuerhalten und weiter zu verstärken.

Wir bekräftigen die Relevanz unserer früheren Nicht-Zielsetzungserklärungen und bekräftigen, dass unsere Atomwaffen nicht aufeinander oder auf einen anderen Staat gerichtet sind.

Wir unterstreichen unsere Verpflichtung, mit allen Nationen zusammenzuarbeiten, um ein Sicherheitsumfeld zu schaffen, das Fortschritten bei der Abrüstung förderlicher ist, mit dem ultimativen Ziel, eine atomwaffenfreie Welt aufzubauen, ohne die Sicherheit anderer zu

gefährden.
Wir beabsichtigen, weiterhin bilaterale und multilaterale diplomatische Ansätze zu suchen, um militärische Konfrontationen zu vermeiden, Stabilität und Berechenbarkeit zu verbessern, das gegenseitige Verständnis und Vertrauen zu stärken und ein Wettrüsten zu verhindern, das niemandem nützt und zu einer Bedrohung für alle wird.
Wir sind entschlossen, einen konstruktiven Dialog zu führen, der auf gegenseitigem Respekt und der Anerkennung der Sicherheitsinteressen und -anliegen des anderen basiert."

armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz am 03.01.2022**
In den letzten 24 Stunden wurden **keine Verletzungen des Komplexes von Zusatzmaßnahmen** zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.
In Verletzung des dritten Punktes der Zusatzmaßnahmen haben Besatzer der 25. Luftlandebrigade einen Schützenpanzer in einem Wohngebiet von Wesjoloje stationiert.
Die ukrainische Seite blockiert weiter die Funktion von Drohnen der OSZE. So hat der Gegner, um die Erfassung verbotener Waffen der 95. Brigade durch Beobachter der Mission zu verhindern, eine Station für elektronische Kriegsführung „Bukowel-AD" aus dem Bestand einer mobilen Gruppe des 502. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, um die Leitungs- und Navigationskanäle von Drohnen der OSZE-Mission bei Flügen im Gebiet von Russin Jar zu blockieren.
Außerdem ist **im Gebiet von Pawlopol und Schirokino Luftaufklärung** durch Einheiten der 36. Marineinfanteriebrigade der ukrainischen Streitkräfte festzustellen.
Ich erinnere daran, dass der Einsatz von Drohnen im Gebiet der Kontaktlinie durch die Minsker Vereinbarungen verboten ist.
Folge der Luftaufklärung durch die ukrainischen Truppen im Gebiet der genannten Ortschaften **könnte eine bewaffnete Provokation sein**, um die Führung der Republik der Verletzung des Komplexes von Zusatzmaßnahmen zur Kontrolle der Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung zu beschuldigen.
Das Niveau der militärischen Disziplin und der moralisch-psychische Zustand der ukrainischen Soldat ist weiter mangelhaft.
So fügte der Unteroffizier Markow in der 95. Luftsturmbrigade der BFU in betrunkenem Zustand dem Kommandeur eines Zugs Leutnant Bondarenko schwere Körperverletzungen zu (Kieferbruch).
Wegen dieses Vorfalls hat der militärischen Rechtsordnungsdienst in den Einheiten der Brigade der ukrainischen Streitkräfte gearbeitet, um Soldaten, die unter Alkohol- und Drogeneinfluss stehen, aufzufinden.
Das Kommando der Besatzungskräfte hat den Kommandeuren der untergeordneten Verbände und Truppen Anweisungen gegeben, zusätzliche Übungen durchzuführen, die auf die Verhütung von Alkohol- und Drogenkonsum gerichtet sind.

rusvesna.su: **Ein Treffen im "Normandie-Format" findet diese Woche in Moskau statt**
Dmitri Kosak, stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung Russlands, wird diese Woche ein Treffen mit seinen Kollegen im Normandie-Format abhalten.
Über die für den 6. Januar geplanten Gespräche, die in Moskau stattfinden sollen, berichten russische Medien unter Berufung auf Quellen der Präsidialverwaltung.
Zu dem Treffen mit Kosak sollen der außenpolitische Berater des deutschen Bundeskanzlers Jens Pötner und der diplomatische Berater des französischen Präsidenten Emmanuel Bonne eintreffen.
Die Gespräche wurden von russischer Seite initiiert.
Moskau hat die ukrainische Seite nicht eingeladen.

https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/node_pic/public/normandskaya_chetverka_flag_0.jpg

de.rt.com: **Auswärtiges Amt sagt Ehrung für israelischen Historiker ab**

Schon im November sollte dem Historiker Gideon Greif das Bundesverdienstkreuz für seine Holocaust-Forschungen verliehen werden. Das Außenministerium zog das noch unter Heiko Maas wieder zurück – weil Greif eine Historikerkommission zu Srebrenica leitete, die zu einem abweichenden Ergebnis kam.

Der israelische Historiker Gideon Greif, der ursprünglich in Deutschland vom Auswärtigen Amt in Würdigung seiner langjährigen Forschungen über den Holocaust für das Bundesverdienstkreuz vorgeschlagen worden war, erhält die Auszeichnung nun doch nicht. Wie jetzt erst bekannt wurde, war der ursprüngliche Vorschlag noch unter dem geschäftsführenden Bundesaußenminister Heiko Maas wieder zurückgezogen worden. Die Verleihung, die eigentlich bereits für den 10. November geplant war, wurde kurzfristig abgesagt.

Der Grund dafür ist die Mitwirkung von Gideon Greif in einer Historikerkommission, die die Geschichte der Region Srebrenica während des Bosnienkrieges von 1992 bis 1995 aufarbeiten sollte. Weil diese Kommission die bosnisch-serbische Republik finanzierte, wurde Greif nun der Vorwurf gemacht, ein "Leugner des Völkermords von Srebrenica" zu sein.

Greif hatte sich zu diesem Punkt klar geäußert: "Dies war kein Genozid, in keinem Fall." Michael Mandelbaum, ehemaliger Berater der Clinton-Regierung, sieht das ebenso: "Die Definition von Genozid ist breit, aber ihr Kern ist die Absicht, ein Volk als solches auszulöschen: das war, was die Nazis mit dem jüdischen Volk versuchten. Das ist nicht, was die Serben mit den bosnischen Muslimen zu tun versuchten. Das serbische Ziel war, jene, die auf dem Gebiet, das die Serben kontrollieren wollten, lebten, zu vertreiben, nicht, sie alle zu töten, schon gar nicht, alle Muslime überall zu töten."

Die Kommission, deren Vorsitz Greif hatte, nannte das Massaker von Srebrenica ein Kriegsverbrechen, das geahndet werden müsse, wich aber in ihrem 1.200 Seiten umfassenden Bericht in zwei Punkten von der etablierten Geschichtsschreibung ab: Sie benannte die Zahl der Opfer niedriger und erklärte, bis auf einige hundert zivile Opfer habe es sich um Soldaten gehandelt.

Die Mitarbeit in dieser Kommission war der Grund dafür, dass der Plan einer Auszeichnung von Gideon Greif zu Protesten aus Bosnien-Herzegowina führte. Daraufhin zog das Auswärtige Amt noch unter Heiko Maas seinen Vorschlag komplett zurück, obwohl eine Auszeichnung mit dem Bundesverdienstkreuz für bestimmte Leistungen erfolgt und eine Auszeichnung für Jahrzehnte der Forschung über den Holocaust keine Stellungnahme zu Greifs Tätigkeit in der bosnischen Historikerkommission bedeutet hätte.

Gideon Greif hat insbesondere über das jüdische "Sonderkommando" in Auschwitz geforscht und war 25 Jahre lang Mitarbeiter der Gedenkstätte Yad Vaschem. Einer seiner Arbeitsschwerpunkte war die didaktische Vermittlung.

https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.01/article/61d30a0fb480cc46ca716a82.jpg

de.rt.com: **Huthi-Bewegung beschlagnahmt saudisches Militär-Frachtschiff vor Küste des Jemen**

Die Huthis setzten in der Nacht zum Montag ein Schiff der Vereinigten Arabischen Emirate im Roten Meer fest. Nach Angaben der Ansarullah-Bewegung transportierte das Frachtschiff militärisches Material. Riad wies den Vorwurf zurück.

Die von Iran unterstützte Ansarullah-Bewegung (Huthi-Milizen) setzte in der Nacht zum Montag vor der Küste des Jemen ein Frachtschiff fest. Die unter der Flagge der Vereinigten Arabischen Emirate fahrende "Rawabi" war auf dem Weg von der Insel Sokotra zur saudischen Küstenstadt Dschisan.

Laut einem Huthi-Sprecher, der von einer "erfolgreichen und beispiellosen" Beschlagnahme sprach, handelt es sich um ein militärisches Frachtschiff. Das Schiff sei "ohne Genehmigung in jemenitische Gewässer eingedrungen" und habe "feindliche Handlungen" begangen, erklärte ein Sprecher auf Twitter.

Die Militärkoalition, die unter Führung Saudi-Arabiens im bettelarmen Jemen seit Jahren gegen Jemeniten kämpft, warf den Huthis die Entführung des Schiffes im Roten Meer vor. Die Koalition teilte dagegen mit, das Schiff habe medizinische Güter geladen und sei auf dem Rückweg von einem Einsatz zum Bau eines Feldkrankenhauses auf Sokotra gewesen. Saudi-Arabien forderte die Huthis mittlerweile auf, "das Schiff sofort freizugeben". Andernfalls würden "die Koalitionskräfte alle notwendigen Maßnahmen ergreifen, um gegen diese Verletzung vorzugehen".

Der letzte Beschlagnahme vor dem jemenitischen Hafen von Ras Isa fand Ende 2019 statt, als die Huthis kurzzeitig ein unter saudischer Flagge fahrendes Schiff und zwei südkoreanische Schiffe festsetzten.

Trotz eines unerbittlichen Luftwaffeneinsatzes und Kämpfen am Boden ist der Konflikt im Jemen weitgehend in eine Pattsituation geraten. Während des gesamten Konflikts seit 2015 hat die Ansarullah-Bewegung zunehmend Drohnenangriffe gegen Saudis durchgeführt und Raketen auf Flughäfen, Ölanlagen und militärische Einrichtungen innerhalb des Königreichs abgefeuert.

Während die saudische Militärkoalition seitdem gezielt zivile Einrichtungen und die für die Versorgung der Bevölkerung lebenswichtige Infrastruktur bombardiert, leiden Millionen Menschen im Jemen aufgrund der von den Saudis verhängten Blockade gegen Jemeniten unter anderem an akutem Hunger. Im Jemen-Bürgerkrieg wurden Berichten zufolge etwa 130.000 Menschen getötet, darunter Tausende von Zivilisten.

Die neue Bundesregierung von SPD, Grünen und FDP will Berichten zufolge den Rüstungsexportstopp für Saudi-Arabien im kommenden Jahr fortsetzen. Unklar bleibt aber noch, ob sie wie die Vorgängerregierung von Union und SPD Ausnahmen für Gemeinschaftsprojekte mit Bündnispartnern zulässt. Das geht aus Antworten des vom Grünen-Vizekanzler Robert Habeck geführten Bundesministeriums für Wirtschaft und Klima auf dpa-Anfragen hervor.

snanews.de: **Wiener Atomgespräche mit Iran nach Neujahrspause wieder aufgenommen**
Die Atomverhandlungen mit dem Iran über die Wiederherstellung der Gültigkeit des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (JCPOA) sind am Montag in Wien wieder aufgenommen worden.
„Nach einer kurzen Neujahrspause wird heute die achte Runde der Wiener Gespräche im Format inoffizieller Treffen wieder aufgenommen“, twitterte Michail Uljanow, Russlands ständiger Vertreter bei internationalen Organisationen in Wien.
Derzeit läuft die achte Runde der Wiener Gespräche, die am 27. Dezember begann. Verhandelt wird traditionell im Vienna Hotel Coburg.
Der iranische Vizeaußenminister Ali Bagheri-Kani sagte letzte Woche, dass nach den Neujahrsferien solider daran gearbeitet werde, die Sanktionen gegen den Teheran aufzuheben.
…

https://cdnn1.snanews.de/img/07e5/06/07/2414432_0:161:3071:1888_1920x0_80_0_0_f1f46caf552224b77bbbad477e3880b5.jpg